



urban forum

Die Zeitschrift für den Lebensraum Stadt.



SCHWERPUNKT

Land der Städte?

#sourbanistoesterreich

Schwerpunktthema: „Housing for All“
Gastkommentar

Österreichs Städte in Zahlen

S 4-6

S 3



Liebe Leserinnen, liebe Leser!



Bernhard Müller, BA, MPA

ist Generalsekretär von
Urban Forum.

Impressum:

Urban Forum

Egon Matzner-Institut für Stadtforschung

Chefredaktion: Mag.^a (FH) Anita Oberhofer

Tel.: +43/2622 21132 | Fax.: +43/2622 21388

E-Mail: office@urbanforum.at | www.urbanforum.at

Reyergasse 5/2, 2700 Wiener Neustadt

ZVR-Zahl: 169347700

Foto Titelseite: Igorp1976 / bigstockphoto.com

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird in der Zeitschrift auf eine geschlechtsneutrale Formulierung, wie z. B. BürgerInnen, EinwohnerInnen, WissenschaftlerInnen, etc. verzichtet. Selbstverständlich richten sich alle Formulierungen gleichermaßen an beide Geschlechter.

Land der Städte, oder alles außerhalb Wiens ist ländlicher Raum?

Urban Forum – Egon Matzner-Institut für Stadtforschung hat seit der Gründung 2013 konsequent allen Versuchungen oder Provokationen widerstanden, in den Chor jener einzustimmen, die dauerhaft versuchen, Stadt gegen Land auszuspielen. Und dies aus mehreren, guten Gründen: 1. Stadt-Land ist ein interessantes, wissensvermittelndes Spiel, das man vornehmlich in der Kindheit und Jugend gerne praktiziert, in der harten kommunalen Realität geht es aber weder um Spaß und Spiel, noch um künstliche Gegensätze, sondern um „Good Governance“ zum Wohle der Menschen – egal ob sie in einem Ballungszentrum oder einer Kleingemeinde leben. 2. Die Bürgerinnen und Bürger von heute müssen flexibel sein. Die Wahl des Wohnsitzes richtet sich nach Parametern wie Nähe zum Arbeitsplatz, Angebot des öffentlichen Nahverkehrs, Einkaufsmöglichkeiten, medizinische Versorgung, etc. Diesbezüglich spielen althergebrachte, tradierte Motive („Wir leben seit Generationen in ...“) immer weniger Rolle. Viele junge Menschen, die auf die Erreichbarkeit ihres Arbeitsplatzes achten müssen, oder eine Familie gründen wollen, aber auch Vertreter der älteren Generation, die mit der Größe des Hauses bzw. Gartens, oder der Distanz zum nächsten Arzt überfordert sind, gehen daher bei der Wahl eines neuen Wohnsitzes ganz strategisch vor. Die Entscheidung kann dann zugunsten einer Groß- oder Mittelstadt, oder auch für eine regional gut angebundene, mit Daseinsvorsorge ausreichend ausgestattete kleinere Kommune ausfallen. 3. Mit Sentimentalitäten oder Nostalgie kommt

man weder in der Welt- noch in der Kommunalpolitik weiter. Die handelnden Akteurinnen und Akteure auf der heimischen Bundes-, Landes- und lokaler Ebene müssen daher den Fakten in die Augen sehen, um unumkehrbare Entwicklungen mitgestalten zu können. Urbanisierung (Verstädterung) und Landflucht sind Trends, die uns noch über Jahrzehnte begleiten werden, ob es uns passt oder nicht. Österreich ist eben keine losgelöste „Insel der Seligen“, sondern Teil der internationalen Staatengemeinschaft, die mit ganz ähnlichen Herausforderungen zu kämpfen hat. Es hilft daher niemandem, am wenigsten der Landbevölkerung, Fakten wegzuleugnen. Österreich ist eindeutig am Weg zum Land der Städte – diese Tatsache stellen nicht politisch motivierte Gegner des ländlichen Raumes fest, sondern die Vereinten Nationen (UN-Habitat). Die Vorstellung, außerhalb der Bundeshauptstadt Wien sei alles rural, hat mit der Realität nichts zu tun. Die großen kommunalen Probleme unseres Landes können wir nur lösen – und das ist Punkt 4. -, wenn wir in Regionen denken! Lesen Sie selbst die Fakten und aktuellen Zahlen zu diesem Thema in der neuesten Ausgabe von Urban Forum. Darüber hinaus widmet sich diese Zeitschrift schwerpunktmäßig dem Thema Housing for all. Wir unterstützen diese so wertvolle Europäische Bürgerinitiative aus voller Überzeugung, denn leistbarer Wohnraum geht uns alle an.

Genießen Sie den verbleibenden Sommer!

**Urban Forum –
eine starke Stimme für die Städte!**

JOHANN FUCHS

Gesellschaft m.b.H.

2821 Lanzenkirchen | Erlacher Straße 18

Tel. 02627/48 5 44 | Fax 02627/48 45 242

office@fuchs-gmbh.at | www.fuchs-gmbh.at

BAUUNTERNEHMEN | ZIMMEREI

#Sourbanistoesterreich

Österreich auf dem Weg zum Land der Städte

„Österreichs Städte sind Lebens- und Arbeitsraum für 5,5 Millionen Menschen. Das sind rund 70 Prozent aller ÖsterreicherInnen. In Zukunft sollen es sogar 80 Prozent sein, denn der Zuzug in die Ballungsräume hält nach wie vor an.“

Österreichs Städte in Zahlen (2017)

Wussten Sie, dass ... ?

66 % der Menschen in Österreich in Städten und Stadtregionen leben.

88 Kommunen bereits mehr als 10.000 EW haben, 9 davon mehr als 50.000 EW.

laut UNO-Schätzung die Urbanisierungsrate Österreichs 2040 bei **75 %** liegen wird.

die Bevölkerungszahl unseres Landes weiterhin insgesamt wachsen wird. Starke Zuwächse sind jedoch aufgrund der Ausbildungs- und Arbeitsplatzmöglichkeiten fast ausschließlich in den großen Städten und deren Umland zu erwarten. In den peripheren Regionen des Landes ist dagegen mit Bevölkerungsrückgängen zu rechnen.

85 % der heimischen Wirtschaftsleistung in Städten erfolgt.

71 % aller Arbeitsplätze in den städtischen Ballungszentren zu finden sind.

Wien jene Metropole des deutschsprachigen Raumes ist, die derzeit am stärksten wächst.

rund **90 %** der BewohnerInnen die Lebensqualität in ihrer Heimatstadt sehr oder ziemlich hoch einschätzen (SORA-Städtebarometer, 2017).

„Ich sehe es nicht so, dass der technologische Wandel die Metropolen begünstigt. Eher ist es so, dass sich die Menschen mehr als früher zwischen den Regionen bewegen. Wir sollten eher von einer zunehmenden Bedeutung der Stadtregionen sprechen, denn es bestehen sehr viele Wechselwirkungen zwischen den Städten und dem Land.“

Thomas Weninger, Generalsekretär Österreichischer Städtebund

„Was in den Städten passiert, wird unsere Zukunft prägen. Unsere Abneigung gegenüber der Urbanisierung ist falsch und in einer gemeinsamen, globalen Anstrengung müssen wir den Städten helfen, die damit verbundenen Chancen des ökonomischen Wachstum zu nützen, aber auch die entstehenden sozialen Probleme zu lösen.“

Siri Tellier, Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen (UNFPA)

„Die Menschen wandern zum Wohlstand, vor allem die Pendler kehren wieder in die Stadt zurück.“

Horst W. Opaschowski, Zukunftsforscher und Universitätsprofessor

Wie bezahlbares Wohnen in Europa möglich wird

Menschen gegen Profitgier: „Housing for All“ (Wohnen für alle) heißt eine Europäische Bürgerinitiative, die sich gegen die neoliberale Wirtschaftsregime in der EU richtet und für mehr bezahlbaren, kommunalen und gemeinnützigen Wohnbau kämpft. Warum es diese Petition gibt, ja geben muss und warum es so wichtig ist, sie zu unterschreiben, erklärt Karin Zauer-Lohmeyer.

Von Lissabon bis Stockholm, von London bis Budapest: Wohnen ist in den Metropolen Europas für viele Menschen mittlerweile unbezahlbar geworden. Der Mangel an leistbarem Wohnraum ist dramatisch: Allein in Deutschland fehlen laut einer Studie der Heinrich-Böckler-Stiftung rund 1,9 Millionen bezahlbare Wohnungen. Zudem wurden seit 1997 mehr als 700.000 kommunale Wohnungen privatisiert - günstiger Wohnraum, der den Städten nun spürbar, ja immer stärker spürbar fehlt.

Von der Wohnungsnot betroffen sind längst nicht mehr nur einkommensschwächere Gruppen, sondern auch schon Bevölkerungsschichten, die gerne als „Mitte der Gesellschaft“ zusammengefasst werden. Sie müssen die Städte verlassen, weil sie sich das Wohnen dort nicht mehr leisten können und lange Strecken in Kauf nehmen, um an den Arbeitsplatz zu gelangen. Rund 82 Mio. Europäer*innen sind mittlerweile von Wohnkosten überbelastet oder müssen in gesundheitsgefährdeten, unzumutbaren Wohnverhältnissen leben. Die Preisspirale am Wohnungsmarkt hat sich bereits soweit gedreht, dass es Unternehmen in den Städten und in Tourismuszentren schwer haben, Personal zu finden. Auch der öffentliche Dienst ist davon betroffen: So mangelt es beispielsweise im Großraum München an Polizeibeamt*innen und an Feuerwehrleuten oder an Busfahrer*innen und Reinigungskräften in London.

Tourismusboom und Wohnraumvernichtung

In stark von Tourismus geprägten Städten ist die Lage noch viel schwieriger. Kurzzeitvermietungen über Online-Plattformen wie Airbnb, Wimdu oder Home Away verschärfen die Wohnungsnot. Da die Erträge einer Ferienwohnung viel höher sind als bei Langzeitvermietung, werden immer mehr Wohnungen ausschließlich für Urlauber*innen angeboten - und verschwinden für die einheimische Bevölkerung vom Markt.

Airbnb & Co. wollen den Reisenden die Möglichkeit geben, in den Wohnungen der Einheimischen zu übernachten und ein authentisches Gefühl für eine fremde Kultur zu bekommen. Statt von Vermietern wird von „Gastgebern“ gesprochen, statt von „Geschäft“ von „Gastfreundschaft“. Diese Marketing-Sprache solle eine Aura von Geborgenheit erzeugen und verhüllen, um was es hier eigentlich geht: um ein Mega-Geschäft. Von etwas Extrakohle durch „Homesharing“ kann längst nicht mehr die Rede sein. Kommerzielle Akteure, kaufen oder mieten Wohnraum an, um ihn als „authentisches Zuhause“ feilzubieten. Forscher*innen des Corporate Europe Observatory (CEO), einer NGO, die sich mit dem Einfluss von Konzernen und Lobbyisten auf die EU Gesetzgebung befasst, haben im April 2018 die Angebote auf der Airbnb-Website analysiert. In ihrem Bericht „Unfairbnb!“ stellen sie fest, dass vieles dafür spricht, dass die meisten Airbnb-Wohnungen ausschließlich für Kurzzeitvermietung genutzt werden und damit der Langzeitvermietung entzogen sind.

Kurzzeitvermietungen - ein Mega-Geschäft

Das kommerzielle Homesharing geht auf Kosten all jener Menschen, die eine Wohnung suchen. Die Verknappung des Wohnraumangebots treibt die Preise weiter in die Höhe und macht Innenstädte immer mehr zu Partyzonen. Schlafen in der Nacht? Fehlanzeige! Lärmende Urlauber, laute Musik, Plastikbecher: Es riecht nach Urin und Erbrochenem. Die „Hosts“ bleiben meist gegenüber den Finanzbehörden und sehr oft auch gegenüber ihrem eigenen Vermieter*innen anonym. Eine Regulierung des Phänomens ist schwierig bis unmöglich, da Airbnb und Co. die Daten der „Hosts“ nicht herausrücken wollen. Sie berufen sich auf den Datenschutz, konkret auf die EU-weite „E-Commerce-Richtlinie“ (ECRL), die es den Firmen ermöglicht, ihre Angebote vor dem Gesetzgeber zu verstecken. Den Stadtverwaltungen fehlen somit die Daten, um den Plattformen Einhalt zu gebieten. Schätzungen gehen davon aus, dass bereits zig Tausende Wohnungen insbesondere in den Innenstädten von Paris, London, Lissabon, Rom, Amsterdam, Berlin, München, Hamburg, Barcelona, Venedig und Florenz (um nur einige zu nennen) durch Kurzzeitvermietung dem Wohnungsmarkt dauerhaft entzogen werden. Corporate Europe Observatory (CEO) resü-

miert: „Die Europäische Kommission hilft der Homesharing-Industrie, rechtliche Gründe für einen Angriff auf die Städte zu finden.“

Mehr als 500 Euro für 15 m²

Unfassbar drückend ist die Wohnungsnot für einkommensschwächere Gruppen, wie Alleinerziehende, Rentner*innen und Studierende. Letztere sind auf einen bezahlbaren Wohnraum in der Stadt ganz besonders angewiesen, weil Studienpläne auch Praktika und Blockveranstaltungen am Tagesrand, insbesondere in den Abendstunden, vorsehen und deshalb ein Pendler*innen-Dasein in der studentischen Praxis ungleich schwieriger und oft unmöglich ist. Nicht selten werden in Berlin mittlerweile für 15 Quadratmeter in einer Wohngemeinschaft mehr als 500 Euro verlangt und dieser Betrag wird auch bezahlt; er muss bezahlt werden. Bei der Auswahl der Universität sind die wichtigsten Faktoren mittlerweile Verfügbarkeit und Leistung der Wohnung und der Lebenskosten geworden - nicht mehr die Qualität der Uni oder gar persönliche Präferenzen.

Neoliberale wollen den „Suppenküchenstaat“

Wie konnte es soweit kommen? Dahinter liegt schlichtweg ein falsches Denken, eine falsche Ideologie. Die religionsgleiche, neoliberale Überzeugung, dass der ungezügelter Markt alles zum Guten wende, ist die Wurzel allen Übels und führt die Europäische Union zunehmend in eine sozialpolitische Sackgasse mit erschütternden Folgen. Dass der uneingeschränkte Wettbewerb, die maximale Gier unsere Wirtschaftsräume und Gesellschaften zerstört, hätten die politischen Entscheidungsträger*innen spätestens bei dem großen Banken-Crash 2008/2009 erkennen müssen. Genauso wenig wie ein Löwe kein Veganer wird, wird sich der „freie Markt“ nicht um das Gemeinwohl annehmen. Das liegt nicht in seiner Natur. Denn: The winner takes it all. So wird der „freie Markt“ niemals breite Teile der Bevölkerung mit bezahlbarem Wohnraum versorgen. Das hat es noch nicht gegeben und das wird es nicht geben. Ganz im Gegenteil: Der Neoliberalismus will den Einfluss der Staaten, Städte und Gemeinden minimieren. Sie sollen sich lediglich um die Versorgung der „übriggebliebenen“ kümmern, sie vor dem Verhungern oder Erfrieren bewahren, genauso wie die Suppenküchen vor mehr als 100 Jahren. Nicht weniger, aber vor allem nicht mehr. Öffentlicher und geförderter Wohnbau für breite Teile

1 <https://corporateeurope.org/sites/default/files/unfairbnb.pdf>



i

Europäische Bürgerinitiative „Housing for All“

Mit deiner Unterschrift auf www.housingforall.eu forderst du...

bessere EU Gesetze, damit mehr bezahlbarer, kommunaler und gemeinnütziger Wohnbau geschaffen werden kann. Dies umfasst:

1. Die Erleichterung des Zugangs für alle zu gefördertem Wohnbau
2. Keine Anwendung der Maastricht-Kriterien auf öffentliche Investitionen in bezahlbaren und sozialen Wohnbau
3. Besserer Zugang zu EU-Finanzmitteln für kommunale und gemeinnützige Wohnbauträger
4. Soziale und wettbewerbsgerechte Regeln für Kurzzeitvermietungen über Online-Plattformen
5. Kleinräumige statistische Erfassung des Wohnbedarfs in Europa



Ziel ist es, bis zum 18.3.2020 mehr als 1 Million Unterschriften zu sammeln. Ist die Initiative erfolgreich, müssen die Anliegen von der EU Kommission behandelt werden und die Organisatoren dürfen im EU Parlament vorsprechen.

der Bevölkerung ist den Neoliberalen daher schon immer ein Dorn im Auge gewesen. Weil: zuviel Staat! Genau diese ideologisch neoliberale Handschrift trägt das EU-Beihilfenrecht. Es regelt all jene Dienstleistungen, die ein Staat fördern darf, ohne - aus Sicht der EU-Wettbewerbschüter*innen - den Wettbewerb zu verzerren. Auch der Wohnbau ist darin geregelt. Wenig verwunderlich: Das Gesetz schränkt die Staaten in ihrem Handeln massiv ein. Der Staat dürfe demnach nur Wohnraum für die Ärmsten der Armen finanziell fördern; „social housing for disadvantaged citizens or socially less advantaged groups“. Klingt schwammig und ist es auch, weil die EU Kommission nicht näher ausführt, was genau mit dieser Definition gemeint ist.

Gierige Investoren bekämpfen sozialen Wohnbau

Private Immobilienunternehmen haben aufgrund dieser Bestimmung in EU-Beihilfenrecht nationale Wohnbausysteme angegriffen, wie jenes von Irland, Frankreich, Schweden oder den Niederlanden. „Zuviel Staat!“ Sie sahen sich durch die Wohnbaufördermodelle im Wettbewerb benachteiligt. So wie zum Beispiel in den Niederlanden: Private Investoren haben den gemeinnützigen Wohnbau geklagt. Er versorge nicht nur die Ärmsten, sondern auch die Mittelschicht. Die Einkommensgrenzen seien zu hoch bemessen. Die Niederlande hat die Einkommensobergrenze in der Folge nach unten setzen müssen. Von heute auf morgen waren mehr als 600.000 Menschen vom Zugang zum sozialen Wohnbau ausgeschlossen. Dieser Angriff der Investoren auf den sozialen Wohnbau ist gelungen!

Maastricht-Finanz-Korsett schwächt Städte
Hindernis Nummer zwei sind die EU-Konvergenzkriterien (auch Maastricht-Kriterien ge-

nannt), zu denen sich die Mitgliedsstaaten 1992 durch den Vertrag von Maastricht verpflichtet haben. Sie zielen auf die Harmonisierung der Leistungsfähigkeit der nationalen Wirtschaftssysteme ab. Stichwort: Haushaltsdisziplin. Sie besagen, dass das öffentliche Defizit nicht mehr als 3 Prozent des BIP und die Gesamtverschuldung des Landes nicht mehr als 60 Prozent des BIP betragen darf. Die Europäische Kommission und die Europäische Zentralbank überprüfen die Erfüllung dieser Kriterien und können bei Nichteinhaltung ein Vertragsverletzungsverfahren und finanzielle Sanktionen gegen die Mitgliedsstaaten einleiten. In Deutschland wurde diese Bestimmung für Bund und Länder als Schuldenbremse ins Grundgesetz übernommen. Die Haushalte von Bund, Ländern, Städten und Gemeinden sind im Grundsatz ohne die Aufnahme von Krediten auszugleichen. Ohne frisches Geld vom Finanzmarkt sind die so dringend notwendigen Investitionen in die soziale Infrastruktur und in den kommunalen oder gemeinnützigen Wohnbau einfach nicht möglich. Das Maastricht-Finanz-Korsett nimmt den Städten die Luft zu atmen, führt zu einem massiven Personalabbau im öffentlichen Dienst (vor allem auch in den Bauabteilungen) und öffnet der Privatisierung der Daseinsvorsorge und dem Verkauf von öffentlichen Grundstücken Tür und Tor.

Kampf der neoliberalen Spielanordnung!

An diesen Fehlentwicklungen setzt die Europäische Bürgerinitiative (EBI) „Housing for All“ (Wohnen für alle) an. Wir alle wollen nicht länger zusehen, wie diese neoliberale Spielan-

ordnung in der Europäische Union unsere Städte und Gemeinden zerstört. Die Initiative wird getragen von einem Netzwerk aus engagierten Bürgerinnen und Bürgern, Gewerkschaften, Mieterverbänden, sozialen Vereinen, Menschenrechtsorganisationen, Interessensvertretungen von Studierenden, Jugendlichen, Rentner*innen, von Städtenetzwerken und vieles mehr. Es ist das Match zwischen einer global agierenden, profitgierigen Immobilienindustrie gegen Länder, Städte, Gemeinden und am Ende gegen uns alle. Wir wollen durch diese Initiative dieses Missverhältnis zwischen Staat und Großkonzernen thematisieren, zwischen Menschenrechten und Profitgier.

Wohnen ist ein Grundbedürfnis, sowie Nahrung und Trinkwasser. Es ist ein Menschenrecht, mit dem man nicht spekulieren darf. Wohnen zu organisieren, ist zwar in der Kompetenz der Mitgliedsstaaten, doch unsere Städte und Gemeinden können unter diesen europäischen Rahmenbedingungen ihre Aufgabe nicht hinreichend erfüllen: Wohnraum für alle zu schaffen. Wer „Housing for All“ (Wohnen für alle) unterschreibt, setzt damit ein starkes Zeichen für Daseinsvorsorge, für starke Städte und Gemeinden, für das Menschenrecht auf Wohnen und für den sozialen Frieden in Europa.

Worauf sollen wir noch warten? Lasst uns gemeinsam diese EU verbessern, denn von selber wird sie nicht besser.

Ing.ⁱⁿ Mag.^a Dr.ⁱⁿ Karin Zauner-Lohmeyer, Bakk.phil

Arbeitet im öffentlichen Dienst in Wien, Initiatorin und Sprecherin der Europäischen Bürgerinitiative „Housing for All“ (Wohnen für alle).



„Im Zuge der Finanzmarktkrise sind in ganz Europa die Wohnkosten explodiert“

Herr Kattnig, mit „Housing for All“ werden vielleicht nicht alle Bürgerinnen und Bürger etwas anfangen können. Was verbirgt sich hinter dieser Europäischen Bürgerinitiative?

Wohnen muss jeder - es ist ein Grundbedürfnis. Aber Wohnen wird heute vielfach als Finanzinstrument gesehen und nicht mehr als Menschenrecht. Während sich Vermögende über steigende Einnahmen aus ihren Investments freuen, verzweifeln andere an den horrenden Kosten. Vor allem in den Städten wird es für viele, insbesondere auch für junge Menschen, immer schwieriger, sich ein Dach über dem Kopf zu leisten. Über das Wettbewerbsrecht hat die EU die Möglichkeit, den sozialen Wohnbau zu beschneiden. Die Immobilien-Lobby und konservative Regierungen nutzen das. So sollen Sozialwohnungen nur mehr ausschließlich sozial benachteiligten Gruppen, also Menschen in Armut oder Obdachlosigkeit, zur Verfügung stehen. Hinter der Initiative stehen eine Vielzahl an Organisationen, von Gewerkschaften über NGOs, Wohnungslosen-Netzwerke bis hin zu Studierenden- und Pensionistenverbänden. Die Forderungen der EBI umfassen unter anderem den leichteren Zugang zu sozialem und gefördertem Wohnbau, keine Anwendung

der Maastricht-Kriterien bei öffentlichen Investitionen in die Schaffung von leistbarem Wohnraum und soziale, wettbewerbsgerechte Regeln für Kurzzeitvermietungen. Die BürgerInneninitiative läuft noch bis März 2020. Wir haben das klare Ziel, mindestens eine Million Unterschriften zu sammeln um den EntscheidungsträgerInnen in der EU ein starkes Zeichen zu senden.

Auf der Homepage der Daseinsgewerkschaft younion ist zu lesen, dass sich immer mehr Bürgerinnen und Bürger in Europa das Wohnen nicht mehr leisten können, rund 82 Mio. Menschen von Wohnkosten überbelastet sind und die Wartelisten für geförderte, soziale Wohnungen immer länger werden. In fast allen Mitgliedsstaaten in Europa steigt zudem die Zahl der obdachlosen Menschen. Wieviel vom Nettoeinkommen dürfen die Wohnkosten maximal ausmachen, damit ein würdiges Leben möglich ist?

Wir stellen fest, dass im Zuge der Finanzmarktkrise in ganz Europa die Wohnkosten explodiert sind. Auch in Wien sind in den 10 Jahren zwischen 2006 und 2016 die Mieten um ein Drittel gestiegen. Ähnlich ist es in Salz-

burg, Linz, Graz und Innsbruck. Aber nicht die wachsende Bevölkerung treibt die Preise nach oben. Spekulationen am Immobilienmarkt sind der Grund, warum Wohnen in der Stadt zum Luxus wird. Im Österreich-Durchschnitt werden 29% des Nettoeinkommens für Wohnen aufgewendet. In Wien sind es 30%. Bisher galt als Faustregel, dass 20-25% des Einkommens reichen mussten. Diesen Wert sollten wir wieder erreichen. Begleitende Maßnahmen wie etwa entsprechende Lohnerhöhungen, Mietpreisminderungen und verstärkte Investitionen in sozialen Wohnungsbau sollen helfen.



Thomas Kattnig

Mitglied des Bundespräsidiums
younion _ Die Daseinsgewerkschaft



ZUSAMMENHALT IST UNSERE STÄRKE

Wir sorgen täglich für den Zusammenhalt in unserem Land.

Über 200 verschiedene Berufsgruppen arbeiten für die Menschen in Österreich.

Und verdienen dafür auch eine starke Interessenvertretung auf ihrer Seite.

Mehr Infos unter younion.at oder +43 (0)1 313 16/8300

younion
Die Daseinsgewerkschaft

Wie kann Digitalisierung der Geschichte den Weg ins 21. Jahrhundert bahnen?

Durch umfassende Unterstützung von EY kann die öffentliche Hand die Vergangenheit digital aufbereiten, schützen und für die Zukunft erlebbar machen. www.ey.com/at #BetterQuestions

The better the question. The better the answer. The better the world works.

RIWOG REAL ESTATE GROUP

VILLA MIT GÄSTEHAUS



HIETZING

Innovative, stylische und hochwertige Villa mit Poolhaus in der Nähe des Lainzer Tiergartens in absoluter Ruhelage mit ca. 510 m² Nutzfläche, 8 Zimmern, großen Terrassen und Garten, sowie Parkplätzen. KP: € 2,295 Mio., HWB 40,42

EXKLUSIVES BÜRO



KORNEUBURG

Modern eingerichtete Büros, flexiblen Größen ab 8m² inkl. Lounge mit Kaffeebar, Terrasse u. Konferenzräume. Einzelne Arbeitsplätze verfügbar. Parkplätze mit Ladestation, Druckernutzung, tägl. Reinigung, Klimaanlage. 24/7 Zugang. Pauschalmietern ab € 336,- Brutto

WOHNBAUPROJEKT „AURUM 130“



DONAUSTADT

Das NEUBAU-Projekt AURUM 130 bietet seinen Käufern ein Investment in eine Goldene Zukunft. Perfekt geplante Grundrisse, ideale Verkehrsanbindung, hervorragende Infrastruktur in unmittelbarer Nähe. 36 Wohneinheiten zwischen 38 - 84 m², KP ab € 190.625,-, HWB: 31,1

GROßZÜGIGE GARTENWOHNUNG



WÄHRING

Moderne Gartenwohnung in Ruhelage auf 2 Etagen im 18. Bezirk mit 187 m² Wohnfläche, 244 m² Garten, 4 Schlafzimmer, 2 Bäder, großes Wohnzimmer mit offenem Kamin, KP: € 1,14 Mio., HWB: 55,7

Besuchen Sie unsere Website www.RIWOG.at mit zahlreichen weiteren Objekten!

CITYWOHNUNG IM 1. BEZIRK



INNERE STADT

Stadtwohnung in höherem Stockwerk mit herrlichem Blick auf den begrünten Concordiaplatz. 78 m² Wohnfläche und 9,2 m² Loggia. Sehr gute Substanz, viel Potential! KP: € 586.000,-, HWB: 106,7

„App“-en Sie durch unser Netz!



qando

Android iOS



qando Linz
die Fahrgastinfo-App
für Ihr Smartphone

Ticket- App

Android iOS



Ticket-App
noch komfortabler
zu Ihrem Fahrschein

LINZ AG
L I N I E N

Einfach für Android und iOS-Geräte kostenlos
im App-Store downloaden und los geht's!

Infos auf www.linzag.at/linien